



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

Antrag Nr. 26

der Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter:innen
an die 175. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer
am 30. November 2023

Zukunft der Fachhochschulen sichern – investieren statt aushungern

In den fast 30 Jahren seit ihrer Gründung haben die Fachhochschulen (FHs) in der österreichischen Hochschullandschaft eine zentrale Rolle eingenommen. Der Fokus auf einer praxis- und arbeitsmarktnahen Fachkräfteausbildung im Rahmen deren auch der gerechte Zugang zum tertiären Sektor forciert wird, macht die FHs zu einer tragenden Säule sowohl in der Hochschullandschaft als auch in der Berufsbildung. Der gesellschaftliche Bedarf an hochqualifizierten, gut ausgebildeten Absolvent:innen steigt kontinuierlich. Um diesen Bedarf zu stillen brauchen die 21 FHs und deren rund 60.000 Studierende gute Bedingungen. Die finanzielle Absicherung der FHs bleibt jedoch im FH-Entwicklungs- und Finanzierungsplan in zentralen Bereichen, wie etwa in der Finanzierung der Forschung und Flexibilität des Mitteleinsatzes, hinter diesen Anforderungen zurück.

Die von Fachhochschulkonferenz (FHK), Österreichischer Hochschüler:innenschaft (ÖH) und Sozialpartner:innen bereits mehrfach angesprochenen Probleme sind vor allem in vier Feldern zu verorten: (1) Das vom Bund zur Verfügung gestellte **Budget** ist insbesondere angesichts der Teuerungskrise nicht ausreichend. (2) **Drop-Outs** lassen das Budget der FHs aufgrund des studienplatzbasierten Finanzierungsmodells weiter sinken. (3) Die **soziale Dimension** muss noch stärker in den Fokus genommen werden, um dem gesetzlichen Ziel eines durchlässigen Bildungssystems nachzukommen. (4) Die inhaltliche Ausgestaltung der (neuen) Studienprogramme muss sich am tatsächlichen **Arbeitskräftebedarf**, den öffentlichen und **gesellschaftlichen Anforderungen** sowie den inhaltlichen **Interessen der Studierenden** orientieren.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert daher den Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung auf, folgende Forderungen umzusetzen:

- Entwicklung und Einsatz eines Maßnahmenpakets zur Senkung bezüglich der Drop-Out-Rate gemeinsam mit den Fachhochschulen und der ÖH
- Stärkung und nachfrageorientierter Ausbau von berufsbegleitenden Studiengängen
- Ausreichende Ressourcen für Verfahren zur Validierung bereits erworbener Kompetenzen für ein FH-Studium.
- Schaffung von zusätzlichen Projekt- und Forschungsbudgets, insbesondere für die Themen sozial-ökologischen Umbau, Digitalisierung und öffentliche Daseinsvorsorge (insb. Gesundheitsbereich, soziale Arbeit)
- Eine Erhöhung und regelmäßige Valorisierung der Fördersätze pro Studienplatz, sowie einen kontinuierlichen Ausbau der bundesfinanzierten Studienplätze für Studienanfänger:innen



Sozialdemokratische
GewerkschafterInnen
in der Bundesarbeitskammer

- Inhaltliche Planung der Studienplätze entlang dem Fachkräftebedarf, den Interessen der Studierenden und den gesellschaftlichen Anforderungen, vor allem im Bereich sozial-ökologischen Umbau, Digitalisierung und öffentliche Daseinsvorsorge
- Finanzielle Anreize für berufsbegleitende Studienplätze sowie die Aufnahme von „First-Generation-Students“
- Strategische und perspektivische Hochschulplanung unter Mitsprache der Sozialpartner, sowie Studierendenvertretung
- Absicherung und Ausbau der Mitbestimmung von Studierenden und Hochschulbeschäftigten
- Die Abschaffung allfälliger Studienbeiträgen an Fachhochschulen

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich